



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zusammenhang zwischen sozialem Status und Coronainfektionen in Bayern endlich erheben und aufarbeiten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- umgehend eine Datenerhebung bzw. ein Monitoring zum sozioökonomischen Status von Coronainfizierten in Bayern (z. B. Wohnort und Wohnform, Haushaltseinkommen, Beschäftigungsform, Bildungsstand, Migrationshintergrund) einzuführen, um bessere Erkenntnisse über besonders betroffene Personengruppen in Bayern zu erzielen;
- eine wissenschaftliche Evaluation in Auftrag zu geben, welche den Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und einer Coronainfektion für das vergangene Infektionsgeschehen aufarbeitet.

Mit den dadurch gewonnenen Erkenntnissen lassen sich Menschen mit besonders hohem Infektionsrisiko besser eingrenzen und folglich auch zielgerichtete Maßnahmen ableiten, um diese besser zu schützen und das Infektionsgeschehen gezielter zu kontrollieren. Darüber hinaus wird einer Verschärfung gesundheitlicher Ungleichheit entgegengewirkt. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag entsprechend zu berichten.

Begründung:

Das Coronavirus trifft nicht alle Menschen gleichermaßen – die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft tritt auch in der Pandemie verstärkt zutage: Erhebungen anderer Staaten wie z. B. den USA oder anderen Bundesländern wie Bremen und Berlin zeigen, dass Armut, geringe Bildung, Migrationshintergrund und prekäre Beschäftigungsformen das Risiko erheblich erhöhen, an COVID-19 zu erkranken – zum Beispiel durch das Wohnen in dichten Wohnsiedlungen und in engen Wohnverhältnissen, durch viel Kontakt auf der Arbeit und keine Möglichkeit für Homeoffice (z. B. im Lieferdienst, als Reinigungskraft, im Supermarkt, in der Fleischindustrie). Gleichzeitig steigt für Personen mit geringerem sozioökonomischen Status die Gefahr, bei einer Infektion mit dem Coronavirus einen schweren Verlauf zu erleiden: Arme Personen oder Geringverdienende sind oftmals schlechter versorgt, haben häufiger Vorerkrankungen, sind häufiger übergewichtig oder Raucherinnen bzw. Raucher. Eine Auswertung des Uniklinikums Düsseldorf von 1,3 Mio. AOK-Versicherten zeigte beispielsweise, dass Hartz-IV-Empfängerinnen bzw. -Empfänger doppelt so häufig mit einer Coronainfektion im Krankenhaus behandelt werden mussten als Erwerbstätige. Auch das Robert Koch-Institut (RKI) kommt in seinem Journal of Health Monitoring zu „Soziale Ungleichheit und COVID-19“

von September 2020 sowie in einer jüngsten Auswertung vom 16. März 2021 zu sozialen Unterschieden der Coronapandemie zu dem Ergebnis, dass das Infektionsrisiko in Deutschland regionalen Mustern sozioökonomischer Ungleichheit folgt und der Anstieg an COVID-19-Sterblichkeit in sozial benachteiligten Regionen Deutschlands während der zweiten Infektionswelle am stärksten ausfiel. Bisherige Erkenntnisse deuten also insgesamt darauf hin, dass neben Alter, Vorerkrankungen oder Behinderungen auch sozioökonomisch benachteiligte Menschen in dieser Pandemie besonders vulnerable Gruppen darstellen. Das RKI kommt darüber hinaus zu dem Schluss: „Diese sich andeutenden Trends bedürfen dringend des weiteren Monitorings“ (vgl. Journal of Health Monitoring 2020 5(S7), S. 13).

In Bayern gibt es zum Zusammenhang zwischen sozialem Status und einer Corona-Infektion noch keine ausreichende Datengrundlage oder Evaluierung. So lässt sich anders als beispielsweise in Berlin und Bremen, wo die sozioökonomischen Daten von Infizierten sehr genau erhoben wurden, nicht feststellen, welche Personengruppen besonders von Coronainfektionen betroffen waren und sind. Mit diesem Wissen lassen sich jedoch Menschen mit besonders hohem Infektionsrisiko besser eingrenzen und folglich auch zielgerichtete Maßnahmen ableiten, um diese besser zu schützen. Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, die benannte Datenlücke zu schließen und umgehend sozioökonomische Daten von Coronainfizierten (z. B. Wohnort und Wohnform, Haushaltseinkommen, Beschäftigungsform, Bildungsstand, Migrationshintergrund) in Bayern zu erheben. Darüber hinaus ist eine Evaluierung aufzusetzen, die das Infektionsgeschehen seit Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 aufarbeitet, um rückwirkend entsprechende Erkenntnisse zu erhalten. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten.